

AFFÄREN

Teurer Filz an der Saar

Neue Filz- und Korruptionsvorwürfe erschüttern den saarländischen SPD-Landesverband. Vergangene Woche erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Untreue und Steuerhinterziehung gegen den früheren Geschäftsführer der Saarbrücker Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft (ESG), Alfred Kirst. Kirst, 69, einst Vertrauter von SPD-Größen wie Oskar Lafontaine und Reinhard Klimmt, soll die stadtnahe ESG durch Manipulationen bei der Ausschreibung und Vergabe von Großprojekten um rund 700 000 Euro geschädigt haben. Die Staatsanwaltschaft bezichtigt Kirst, er habe befreundeten Architekten, Ingenieuren und Bauunternehmern Millionenaufträge „ohne Wettbewerb“ zugeschanzt. Einige Firmen soll er auch zu Spenden an den 1. FC Saarbrücken gedrängt haben, dessen Präsident damals Klimmt hieß. Allein im Sommer 1996 zahlten ESG-Auftragnehmer laut Staatsanwaltschaft 100 000 Euro an den Verein. Kirst, der sich bisher zu den Vorwürfen nicht öffentlich geäußert hat, ist inzwischen aus der SPD ausgetreten.



RAINER WEISFLOG

LEBENSMITTEL

Verseuchte Kalbshaxen

Erneut sind hohe Dosen Tetracyclin-Antibiotika in Kalbfleisch nachgewiesen worden. Untersuchungen des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums stellten „bedenkliche Konzentrationen“ des Arzneimittels, das verbotenweise als Mastbeschleuniger eingesetzt wird, in Haxen und Fleischstücken tiefgefrorener Kälber fest. In 51 von 53 Pro-

CSU

Aus für Power-Frau?

Während Kanzlerkandidat Edmund Stoiber um junge, profilierte Uni-ons-Frauen für sein Kompetenzteam ringt, betreibt die CSU ein Parteiaus-schlussverfahren gegen eine frühere Hoffnungsträgerin, die stellvertretende JU-Landesvorsitzende und Vize-Chefin des Bezirks Unterfranken, Ulrike Schneider. Seit März muss Schneider, 35, Stadträtin in Schweinfurt, ihre Parteiämter ruhen lassen. Der Grund: Die

Pressereferentin, die bis November vier Jahre lang dem Parteivorstand angehört hatte, hatte sich im vergangenen Sommer nicht dem Fraktionszwang unterworfen, sondern im Stadtrat für einen Baureferenten gestimmt, den die CSU ablehnte. Neider aus dem eigenen Kreisverband Schweinfurt-Stadt ergriffen die Gelegenheit, um die erfolgreiche Karriere der Umweltpolitikerin, die sogar ins EU-Parlament sollte, zu bremsen. Bei der Kommunalwahl im Frühjahr war Schneider auf der CSU-Liste nicht mehr



Schneider

LAZIO RUPPERT / MAINPOST

willkommen. Weil sie im Stadtrat weiterarbeiten wollte, wechselte sie zu einer parteiunabhängigen Liste und wurde mit überwältigendem Ergebnis wieder gewählt. Darin sieht die CSU einen Verstoß gegen die Parteisatzung: Wer ohne Absprache auf anderen Listen kandidiere, verhalte sich parteischädigend. Um öffentliches Aufsehen zu vermeiden, hat CSU-Generalsekretär Thomas Goppel Schneider nahe gelegt, „freiwillig“ aus der Partei auszutreten – und in einen anderen Kreisverband wieder einzutreten.

BUNDESWEHR

Neuer Anlauf



Die deutschen Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall DeTec unternehmen nach dem plötzlichen Aus für ihren Schützenpanzer „Panther“ einen neuen Anlauf, um sich den milliardenschweren Auftrag doch noch zu sichern. Abgesandte beider Firmen haben sich für diesen Montag auf der Bonner Hardthöhe angemeldet; das Verteidigungsministerium erwartet, dass die Industrievertreter vorschlagen, einen ausländischen Panzer bei sich in Lizenz zu

Schwedischer „CV 9030“-Schützenpanzer

bauen. Als Favorit gilt der schwedische „CV 9030“, dessen nach Bundeswehrauffassung unzureichender Schutz gegen Minen derzeit von einem deutschen Ingenieurbüro verbessert wird. Wenn das neue Angebot rechtzeitig fertig werde, heißt es in der Leitung des Ministeriums optimistisch, könnte die Beschaffungsvorlage noch im September dem Haushaltsausschuss des Bundestages vorgelegt werden. Vorige Woche wurde die geplante Vergabe für den „Panther“ gestoppt, weil der 2004 benötigte neue Schützenpanzer frühestens 2008 fertig geworden wäre.